

Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin, 18. September 2016
Was fällt Berliner Parteien zum Thema **Zukunft der **Pflege** in Berlin ein?**

Wahlprüfstein 6

? Was werden Sie tun, um eine bedarfsgerechte Pflege mit adäquater Personalbemessung und angemessener Finanzierung sicherzustellen? Welchen Stundenlohn halten Sie für eine professionelle Pflegekraft für angemessen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	CDU	Die Linke	Piraten	SPD
<p>Grundsätzlich treten wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine solidarische Finanzierung der Pflege in Deutschland ein. Das bedeutet für uns ein Ende der Trennung zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung zugunsten einer Bürgerpflegeversicherung, die alle miteinbezieht, auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete. Auf mehr Schultern können finanzielle Lasten gerechter verteilt werden. Wir fordern eine zügige Entwicklung von verbindlichen Instrumenten zur Personalbemessung. Der Personalbedarf muss aus dem tatsächlichen Pflegebedarf der Patient*innen abgeleitet und zweckgebunden finanziert werden, damit das Geld auch wirklich in der Pflege ankommt. Pflegekräfte müssen ein angemessenes Gehalt verdienen. Ein Mindestlohn kann allenfalls eine untere Auffanglinie für Hilfskräfte bilden, als Orientierung darf er nicht dienen. Für ein</p>	<p>Eine gute und qualitativ hochwertige Pflege ist nur mit ausreichendem und motiviertem Personal zu erreichen. Angesichts der Herausforderungen, die auf unsere alternde Gesellschaft zukommen, brauchen wir eine gute Personalausstattung und eine angemessene und tarifgerechte Bezahlung in den Pflegeberufen, um für attraktive Arbeitsbedingungen in der Pflege zu sorgen. Qualifizierte Pflegekräfte, die eine verantwortungs- und anspruchsvolle Tätigkeit ausüben, müssen mehr verdienen als nur den Mindestlohn. Ein angemessener, fairer Lohn muss in Tarifverträgen ausgehandelt werden.</p>	<p>Die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin hat in der letzten Legislaturperiode u.a. die Beschäftigten der Charite in ihrem Streik für eine bessere Personalausstattung auf den Stationen durch parlamentarische Initiativen aber auch bei den Aktionen vor Ort aktiv unterstützt. Die Attraktivität des Pflegeberufs erhöht man nicht durch wohlfeile Bekenntnisse zur "Stärkung einer Profession", sondern ganz konkret durch die gesetzliche Verankerung von personellen Mindeststandards zur Stationsbesetzung, durch familienfreundlichere Arbeitszeiten und durch eine bessere Bezahlung. Welcher Stundenlohn angemessen wäre, diese Frage haben die Tarifpartner zu beantworten. Wir tun gut daran, auch hier die Tarifautonomie zu beachten. Es kann aber nicht sein, dass für die Reparatur eines Autos ein höherer Stundenlohn vergütet wird als für die Pflege eines Menschen. Ganz wesentliche</p>	<p>Die Sicherstellung der Pflege in Berlin darf sich weder dem Rotstift noch dem Rechenschieber unterordnen. Das Land ist in der Pflicht, für die Einhaltung von Qualitätsstandards und Personalschlüssel zu sorgen und sich dabei auch an der Finanzierung zu beteiligen. Bei der tariflichen Vergütung muss die jeweilige Berufserfahrung der Pflegefachkräfte und Pflegekräfte mit berücksichtigt werden. Der Mindestlohn in der Pflege ist weiter zu erhöhen.</p>	<p>Wir setzen uns für einen verbindlichen Personalschlüssel auf Bundesebene ein, der die Qualität der Pflege und die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verbessern kann. Tariflöhne dürfen in den Verhandlungen zwischen Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen bzw. Sozialhilfeträgern nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden. Es muss sichergestellt werden, dass alle Pflegekräfte mindestens eine Bezahlung in Höhe des Tariflohns erhalten. Wir unterstützen die Schaffung tarifvertraglicher Strukturen auf Landesebene. Die Pflegetarifpolitik liegt</p>

<p>angemessenes Gehalt zu sorgen, ist in erster Linie Aufgabe der Tarifpartner. Die Politik hat darauf nur sehr begrenzten Einfluss.</p>		<p>Voraussetzung für die Verbesserung der Personalausstattung und der Entlohnung der Beschäftigten in unseren Kliniken ist, dass der Berliner Senat endlich seiner Verpflichtung aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz nachkommt.</p> <p>Solange die Krankenhäuser ihre Baustellen nur finanzieren können, wenn sie „Eigenmittel“ aus jenen Geldern zweckentfremden, die sie von den Krankenkassen eigentlich für die Versorgung der Patienten und die Vorhaltung einer angemessenen Personalausstattung erhalten, wird sich die Situation in den Kliniken für Beschäftigte und Patienten weiter verschärfen.</p> <p>DIE LINKE. Berlin will deshalb ein Sonderinvestitionsprogramm für unsere Krankenhäuser auflegen, damit die Krankenkassengelder im Sinne der dualen Finanzierung endlich auch vollständig dafür eingesetzt werden, wofür sie gesetzlich vorgesehen sind. Schon 10 Millionen Euro weniger Aufwand an Eigenmittel zum Stopfen der Löcher in ihren Dächern brächten 200 Pflegesteilen in den Krankenhäusern mehr.</p>		<p>bei den Gewerkschaften und Arbeitgeber/innen.</p>
--	--	--	--	--

